

KZV BW mit klarer Forderung an die Bundesregierung: Das Budget muss weg!

Vor dem Hintergrund des Krisengipfels im Bundesgesundheitsministerium am Dienstag, den 9. Januar, fordern der Vorstand und die Spitzen des Ehrenamts der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW) erneut die vollständige Entbudgetierung zahnärztlicher Leistungen.

Auf dem Krisengipfel im Bundesgesundheitsministerium am vergangenen Dienstag hat Minister Lauterbach die Aufhebung der bisherigen Honorarobergrenzen im hausärztlichen Bereich angekündigt. Dazu erklären der Vorstand, der Vorsitzende der Vertreterversammlung und der Landesbeirat der KZV BW: „Es ist völlig unverständlich und sachlich unbegründet, dass bei den Zahnärztinnen und Zahnärzten die Honorarobergrenzen nicht aufgehoben werden sollen.“

Die Zahnärzt*innen in Baden-Württemberg leiden unter denselben Problemen wie Inflation, steigende Praxiskosten, überbordende Bürokratie und Fachkräftemangel beim Praxispersonal. Verschärft wird diese Situation durch die von der Ampelregierung wiedereingeführte strikte Budgetierung. Dies bedeutet im Klartext: Viele erbrachte Behandlungsleistungen werden nicht mehr bezahlt.

Die Behauptung der Politik, dass der Zahnmedizinische Bereich ein Kostentreiber innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sei, ist schlichtweg falsch. Nachweislich ist der zahnärztliche Anteil an den GKV-Gesamtausgaben schon seit vielen Jahren auf derzeit nur noch gut sechs Prozent gesunken. Der präventionsorientierte Ansatz der Zahnärztinnen und Zahnärzte spart der GKV ein Vielfaches an Folgekosten für kurative Behandlungen.

Wenn angesichts der vielfältigen Probleme der Praxen nicht schnell und spürbar Entlastung geschaffen wird, ist die Sicherstellung der Patientenversorgung gefährdet. Insbesondere wird die Niederlassung durch Übernahme oder Gründung einer Praxis immer unattraktiver. Dies führt zu einer irreparablen Schwächung der Versorgungsstrukturen.

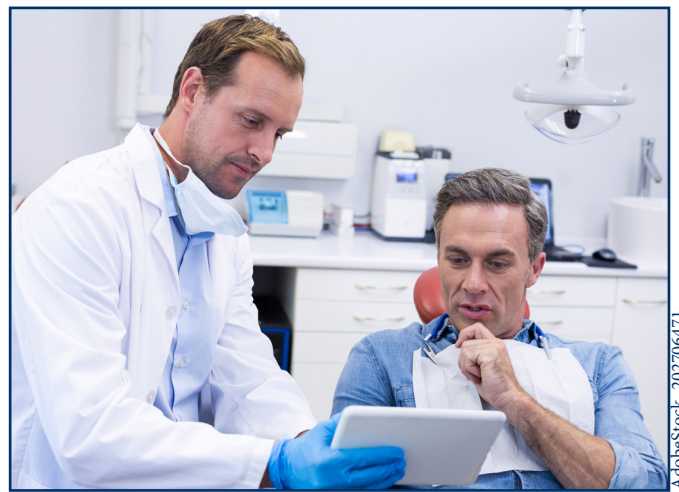
Für eine weiterhin flächendeckende und qualitativ hochwertige Patientenversorgung muss das Budget ersatzlos gestrichen werden.“ (hos/KZV BW)

Ihr Pressekontakt:

Dr. Holger Simon-Denoix, Telefon: 0711 7877229

Leiter Stabsstelle Kommunikation und Politik

Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW)



AdobeStock_202706471